

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Errichtung eines Zebrastreifens in der Theodor-Körner-Straße 33/Ecke Wilhelm-Kienzl-Gasse

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrter Herr Bürgermeister! BewohnerInnen des neu errichteten Hauses in der Theodor-Körner-Straße 33 sind mit der Bitte bezüglich Errichtung eines Zebrastreifens an mich herangetreten. Um ihr Anliegen zu verstärken, haben sie auf die besonders gefährliche Situation insbesondere für die Kinder hingewiesen.

Ursprünglich soll dort bereits ein Zebrastreifen gewesen sein, der aber nach dem Neubau des Hauses nicht wieder angelegt worden ist.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu beauftragen, die Errichtung eines Zebrastreifens in der Theodor-Körner-Straße 33/Ecke Wilhelm-Kienzl-Gasse prüfen zu lassen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ihre Anfrage wird geschäftsordnungsgemäß erledigt werden. Ich darf nun zur nächsten Anfrage kommen, aber bevor ich das tu, möchte ich noch mitteilen, dass ich heute schon vor der Gemeinderatssitzung einem

privaten Filmteam quasi für eine Stunde eine Drehgenehmigung erteilt habe, diese Stunde ist jetzt bitte um und ich würde Sie bitten, dann das Filmen auch einzustellen.

2) Wartehäuschen bei GVB-Haltestelle „Gasthaus Heimkehrer“

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die GVB-Bushaltestelle „Gasthaus Heimkehrer“ der Linie 41 im Bezirk Andritz wird stadteinwärts vor allem von Schülern der umliegenden Siedlungen sehr stark in Anspruch genommen. Das Negative an dieser Haltestelle ist, wie auch noch bei vielen anderen, dass die Fahrgäste bei Regenwetter nicht im Trockenen stehen, weil es kein Wartehäuschen gibt.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass bei der GVB-Haltestelle „Gasthaus Heimkehrer“ ein Wartehäuschen erreicht wird? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, kann mir kaum vorstellen, dass man beim Gasthaus im Trockenen steht oder wie war das gerade? Wir werden uns das anschauen, wird auch geschäftsordnungsgemäß an die GVB und an den Ankünder weitergeleitet.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Golfplatz Andritz – Zaunverlängerung

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Etwas Unglaubliches und nicht Alltägliches ereignete sich am 6. Oktober dieses Jahres in der Andritzer Reichsstraße auf Höhe des Golfplatzes. Eine Familie fuhr mit dem Auto auf der erwähnten Straße stadtauswärts. Dann – eine Schrecksekunde: Die Windschutzscheibe des Autos zerbrach, die Autoinsassen waren voller Scherben.

Was war geschehen? Ein Golfball war versehentlich in Richtung Straße geschlagen worden, wo der Golfplatz nicht eingezäunt ist. Hier wurde von der Behörde nämlich kein Zaun vorgeschrieben, weil der Aufschlag ja in entgegengesetzter Richtung gedacht ist. Aber nicht alle Golfspieler sind perfekt.

Es grenzt an ein Wunder, dass ein fehlgeleiteter Ball bis heute nicht auch andere VerkehrsteilnehmerInnen wie Radfahrer, Fußgänger oder Kinder erwischt hat. Ein Kuriosum gibt es aber auch an einer Wiese zur rechten Seite der Andritzer Reichsstraße vor der Kreuzung mit der St.-Gotthard-Straße. Dort wurden im Herbst bei Mäharbeiten 38 Golfbälle gefunden, obwohl auf dieser Seite des Golfplatzes ein Zaun angebracht ist.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, eine nochmalige Überprüfung der Auflagen dieses Golfplatzes zu veranlassen und insbesondere feststellen zu lassen, ob in der Andritzer Reichsstraße die weitere Aufstellung eines Zaunes in der Länge von zirka 50 Metern und einer entsprechenden Höhe notwendig wäre? Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Sportstadtrat hat gerade einen guten Tipp abgegeben, er meinte, es wäre bei manchen Golfspielern besser, sie würden umsatteln auf Minigolf. Trotzdem ist das natürlich ein ernstes Thema, wenn Golfbälle auf die Straße fliegen und wir werden auch Ihre Anfrage geschäftsordnungsgemäß weitergeben.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Zukunft sozialökonomische Betriebe

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zu diesem Thema gibt es noch zwei dringliche Anträge heute, das unterstreicht die Bedeutung. In den letzten 14 Tagen wurden verschiedenste Einrichtungen und Betriebe aus dem Bereich der Sozialwirtschaft, der Arbeitslosenbetreuung und der Schulung davon in Kenntnis gesetzt, dass die Schwerpunktsetzung des AMS im Jahr 2008 in der Steiermark Verschiebungen in der Höhe von mindestens 17 Millionen Euro vorsieht, die insbesondere den Bereich der Betreuung, Beschäftigung und Schulung benachteiligter Menschen am Arbeitsmarkt betreffen.

Insbesondere die Sozialpartner in den diversen AMS-Gremien scheinen den Druck erhöht zu haben, um der Diskussion über den FacharbeiterInnenmangel etwas entgegenzusetzen zu können. Nun ist es kein Geheimnis, dass das AMS vielerlei Mängel, die im Vorfeld, im Bildungssystem und in der Beschäftigungspolitik anderer zuständiger Körperschaften entstehen, durch Fördermaßnahmen ausgleichen muss. So mögen die neuen Schwerpunktsetzungen und die dadurch erfolgte Zweckbindung der Mittel im nächsten Jahr für diverse Qualifizierungen und Umschulungen durchaus sinnvoll sein und manche Probleme am Arbeitsmarkt reduzieren. Der Bereich, in dem langfristig Personengruppen beschäftigt werden, der sogenannte zweite und dritte Arbeitsmarkt, gerät nun aber gewaltig ins Hintertreffen.

Alle beschäftigungs- und sozialökonomischen Betriebe haben eines gemeinsam: Sie schaffen Beschäftigung für Menschen, die am sogenannten „ersten“ Arbeitsmarkt nicht „marktfähig“ sind. Sie erbringen Dienstleistungen, die nicht „marktfähig“ sind, jedoch gesellschaftlich nützlich und notwendig sind und jemand erbringen muss. Sie tragen somit einerseits zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und ermöglichen andererseits eine (auch steuernzahlend) produktive Funktion von Menschen, die im anderen Falle von öffentlichen Geldern und Beihilfen abhängig sein müssten, weil sie aus welchen Gründen immer zu wenig fit, zu wenig jung, zu wenig dynamisch, zu wenig „qualifiziert“ etc. sind. Und diese Beihilfen kommen – wenn auch Notstandshilfeanspruch bestehen sollte – überwiegend aus den Kassen der Gemeinden. Das heißt, es wirkt sich immer auf die Gemeinden aus, wenn Menschen keine Beschäftigung finden, besonders wenn sie benachteiligt sind.

Also sollte es auch ganz ursächlich Interesse der Stadt sein, neben den am Gemeinwesen erbrachten Dienstleistungen, die eben durch diese Einrichtungen erbracht werden, auch diese Arbeitsplätze weiterhin erhalten zu können und damit Menschen nicht nur Perspektive, sondern auch die Chance zu einer einigermaßen würdevollen Existenzsicherung zu wahren, dazu beitragen lassen zu können, dass sie ihren Beitrag in dieser Gesellschaft leisten.

Deshalb stelle ich an Sie, Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, als Bürgermeister der Stadt Graz (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die sich immerhin zur aktiven Beschäftigungspolitik bekennt, an die Mitglieder des Landesdirektoriums des AMS Steiermark, an die Bundesgeschäftsstelle des AMS Österreich und an den zuständigen Arbeits- und Wirtschaftsminister heranzutreten, um

1. auf die bedenklichen Konsequenzen der geplanten Verschiebungen im AMS-Budget auf den Bereich der Sozialökonomie und den zweiten und dritten Arbeitsmarkt hinzuweisen,
2. sich weiters für eine arbeitsmarktpolitische Schwerpunktsetzung stark zu machen, die auch benachteiligte Personen am Arbeitsmarkt und langzeitarbeitslose Menschen als Zielgruppen wahrnimmt und
3. die Bedeutung der Dienstleistungen aus den Beschäftigungsprojekten und sozialökonomischen Betrieben für die Kommunen zu unterstreichen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin, selbstverständlich, das ist ein ganz wichtiges Thema, wenn es um Arbeitsplätze in unserer Landeshauptstadt Graz geht. Wir haben mehr Arbeitsplätze in unserer Stadt als berufstätige Menschen, arbeitende Menschen, die in unserem Stadtgebiet leben, wir wissen, es kommen Gott sei Dank auch viele Einpendlerinnen und Einpendler zu uns herein. Ich möchte Ihre Frage da gleich beantworten, weil heute über Ihre Anfrage jetzt und danach über Dringlichkeitsanträge gleich so etwas wie ein Wettrennen stattfindet. Wer hilft zuerst und wer schnell hilft, hilft doppelt. In diesem Sinne darf ich gleich einmal vermerken, dass ich ein schlechter Bürgermeister wäre oder zumindest ein langsamer Bürgermeister, wenn ich jedes Mal auf eine Gemeinderatssitzung warten würde, damit wir dann uns dringend an einen Bundesminister oder an eine Bundesministerin wenden. Ich habe mich natürlich auf Grund der Fördersituation beim Arbeitsmark, vor allem bezüglich des ökosozialen Betriebes, mich an Bundesminister Martin Bartenstein gewandt, ich habe ihm vor Tagen einen Brief geschrieben mit dem Ersuchen, die Förderungsregelungen noch einmal zu überdenken und besonders auf

die ökosozialen Betriebe zu achten und sich ganz besonders die Situation des Ökoservice Graz persönlich anzusehen. Das Büro des Ministers hat daraufhin mit dem Arbeitsmarktservice Steiermark Kontakt aufgenommen, es wurde Folgendes vereinbart und mir auch bereits telefonisch mitgeteilt: Erstens, es gibt kommende Woche noch einmal ein Gespräch zwischen Mag. Karl-Heinz Snobe vom AMS und dem Geschäftsführer von Ökoservice Graz Christian Krizanic mit dem klaren Ziel, die Förderungskürzungen so zu verändern, dass der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet ist. Zweitens, Minister Bartenstein hat außerdem für den 18. Dezember den Verwaltungsrat des BGS, also die Bundesgeschäftsstelle des AMS, einberufen, um die generellen Vorgaben bezüglich der Fachkräfteausbildung, dieser Schwerpunkt den Sie gesetzt haben, ist generell sinnvoll, aber es hat jetzt leider Betriebe betroffen, die wir weiterhin im Förderprogramm sehen wollen, noch einmal zu bearbeiten, weil es tatsächlich, nicht nur in Graz, durch diese Vorgaben bei den ökosozialen Betrieben zu den nicht erwünschten Härten gekommen ist. Daher glaube ich, können wir letzten Endes dann auch auf dringliche Anträge verzichten, weil in Ihrem Sinne genauso, wie Sie es gesagt haben, dieses Schreiben an den Bundesminister vor ein paar Tagen schon ergangen ist und wir jetzt diese Antwort haben. Also es wird, Gott sei Dank, auch schon reagiert und das wollte ich Ihnen jetzt auch gleich mitteilen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss dem gleich widersprechen, was der Herr Bürgermeister jetzt zuletzt gesagt hat. Und es ist mir auch egal, ob es ein Wettrennen oder keines gibt. Weil ich kann das unterstreichen, was Sie in Ihrer Anfrage, Frau Gemeinderätin, sehr deutlich inhaltlich zum Ausdruck gebracht haben. Ich möchte es zuerst noch ergänzen. ...weil bei allen Klarstellungen, dass Graz eine Landeshauptstadt ist, die natürlich für Beschäftigung steht und ein guter Wirtschaftsstandort und wir die Arbeitslosenzahlen vom Dezember hernehmen, die etwas noch schlechter sind, deutlich schlechter als vom Vormonat die mit 11.166 Menschen beim AMS arbeitssuchend sind. Das macht mir Sorge und wenn das die Strategie des Bundes folgendermaßen ist, nämlich die Mittel, die in der Steiermark sogar erhöht worden sind für das nächste Jahr um fünf Millionen, aber die Strategie in Richtung verstärkt Mitteleinsatz für

Facharbeiterausbildung zu nehmen, dann ist das an und für sich ja gut, aber das kann nicht bedeuten richtigerweise, dass da bei den sozialökonomischen Betrieben in Graz gespart werden (*Applaus SPÖ*). Es geht jetzt, Herr Bürgermeister, nicht darum, ich denke an viele betroffenen Betriebe, da geht es in Wirklichkeit darum, dass Mittel (*weitere Wortmeldung unverständlich*)..,

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Antrag ist selbstverständlich wichtig und das war mir auch wichtig, nur wenn im dringlichen Antrag drinnen steht, wir sollen das dringlich tun, was ich schon gemacht habe, dann glaube ich, ist die Dringlichkeit nicht mehr gegeben, also der Antrag bekommt selbstverständlich immer die Zustimmung, aber wenn ich das schon gemacht habe, ist es natürlich logischerweise nicht mehr, aus meiner Sicht zumindest, nicht dringlich.

GR. **Rajakovics**: Es ist nur so, lieber Herr Vizebürgermeister Walter Ferk, dass eine Richtigstellung, mit der du die Rede begonnen hast, habe ich da nicht ganz heraushören können. Wir alle machen uns sehr wohl Gedanken darüber, wie Menschen Beschäftigung finden, dass sie Beschäftigung finden und da unterstützen wir natürlich auch Projekte in großem Maße, wo Arbeit kurzfristig, aber auch langfristig geschaffen wird. Da wundert mich sehr, dass gerade jene, die sagen, wir müssen Arbeit in allen Ebenen schaffen, verhindern, dass es in Graz zu einer Großbaustelle kommt, wo wirklich tatsächlich viele Menschen Arbeit finden, dass im Rahmen der Großbaustelle ein großes Einkaufszentrum errichtet wird, wo auch viele Arbeitsplätze geschaffen werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Du forderst mich heraus. Wir wissen, dass im Handel 70 % Arbeitsplätze sind, das heißt, (*weitere Wortmeldung unverständlich*)...

5) Parteiwerbung in der Schule

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, was haben Sie aus Anlass des Vorfalls in der Volksschule Berlinerring unternommen, um die Parteiwerbung in den Schulen zu unterbinden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Frau Gemeinderätin! Habe ich in der Form, wie Sie sich das vorstellen, nicht gemacht. Schokoadventkalender...

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sie haben gesagt, ob ich was unternommen habe und es gibt selbstverständlich einen Instanzenzug, wenn irgendetwas vorgefallen wäre, das nicht stimmt und das werde ich Ihnen jetzt erzählen. Also der Schokoadventkalender ist von der Frau Direktor angefordert worden. Werbung in der Schule ist Sache der Direktion, die nächste Instanz, wenn man sich beschwert, ist, damit Sie es wissen, der Bezirksschulrat und danach der Landesschulrat. Die Frau Direktorin hat alle Hinweise auf die Partei ÖVP entfernt, sie selbst sieht es auch nicht als Parteiwerbung, sondern als ein Geschenk des Bürgermeisters. Sie hätte ja auch Schokoadventkalender vom Herrn Landeshauptmann verteilen können...

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Das ist nicht einmal mehr witzig.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe gerade das vorgelesen, was die Frau Direktorin gesagt hat. Jetzt geht es weiter. Alle Eltern haben sich, soweit die Auskunft von mir, sehr über das kleine Geschenk gefreut, außer dem Herrn Gemeinderat Candussi, er ist Vater eines Kindes an der Volksschule, vielleicht jetzt auch die Aufregung. Ich kenne sogar einen Lehrer der Grünen Fraktion, der im Unterricht in Graz während des Unterrichts, den Schülerinnen und Schülern sagt, wen man nicht wählen soll und wen man wählen soll. Ich selbstverständlich möchte nicht haben, dass in Grazer Schulen Wahlwerbung betrieben wird, das ist so passiert, die Kinder haben sich gefreut, es ist, wie gesagt, von der Frau Direktor so gemacht worden und diese Aufmerksamkeit, die wir verteilt haben, ist in Graz sehr gut angenommen worden. Es haben viele Kinder ihn auch angefordert, auch Eltern, sie haben ihn zu Hause und es ist eine süße Wahlwerbung, die, sage ich einmal, in großer Stückanzahl in Graz verteilt worden ist. Aber noch einmal, ich persönlich wünsche mir, dass das Verteilen in Schulen, das ist das, was Sie Frau Gemeinderätin, glaube ich, auch hören wollten. *(Applaus ÖVP)*.

GRin. **Binder**: Wenn sie es nicht gut finden, warum ist es dann geschehen? *(Weitere Wortmeldung unverständlich)*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich freue mich, dass es so gut angekommen ist *(Applaus ÖVP)*.

Wortmeldung von Frau Gemeinderätin Meißlitzer unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch hier kann ich Ihnen nur sagen, dass die zuständige Amtsvorständin hier nicht richtig gehandelt hat, ein wirklicher Hinweis auf

Parteiwerbung wurde hier abgedeckt, die FCG darf jederzeit einen Adventkalender auch verteilen, es wurde das ÖVP-Logo abgedeckt.

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Erst nachher.

StRin. Mag. Dr. **Riedler**: Eines ist aber schon bemerkenswert, mit welcher Nonchalance und Lässigkeit der Herr Bürgermeister darüber hinweggeht, dass das absolute Parteienwerbeverbot in Schulen von seiner Fraktion übergangen wird. Mit seinem Bild, mit seiner Wahlwerbung, weil es genauso gleichgültig der ÖVP ist, dass man einen Journalisten losschickt und so tut, als ob das für ein Interview... Dass es das Wahlversprechen der ÖVP war, keine Plakate aufzuhängen.

GR. **Schönegger**: Hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Insbesondere meine Damen und Herren auf der Galerie, ich möchte mich in aller Form bei Ihnen für diesen wirklichen peinlichen Auftritt, der in den letzten zehn Minuten passiert ist, entschuldigen. Wir sprechen jetzt über Adventkalender aus Schokolade und da regen Sie sich auf, ich verstehe die Welt nicht mehr (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, wenn Sie glauben von der ÖVP auf dem hohen Ross zu sitzen, mit dieser Peinlichkeit haben sie Landtagswahlen verloren... (*weitere Wortmeldung unverständlich*)

Bgm. Mag. **Nagl**: An der Vorsitzführung der letzten fünf Jahre hat sich noch niemand beklagt, du heute hier das erste Mal. Ich sage es noch einmal, das was ich zu sagen habe, Frau Gemeinderätin, und das ist mir ernst: Ich habe Ihnen gesagt, dass es mir nicht recht ist, wenn Menschen in Schulen gehen und diese Kalender verteilen. Es ist mir auch nicht recht, wenn irgendjemand, ich habe es nur noch nicht gehört, in Kindergärten an Kinder diesen Adventkalender verteilt hätte...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Habe ich eh untersagt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich freue mich nach wie vor darüber und dabei bleibe ich auch, dass dieser Adventkalender gut angekommen ist, unter anderem auch deswegen, weil es eine wunderschöne Abbildung einmal gegeben hat von unserem Hauptplatz, da haben wir uns was ausgedacht. Das sind die Fakten, ich sage auch noch einmal, ich kenne keinen einzigen Fall, dass was verteilt worden wäre, auch innerhalb eines Amtes wo nicht vorher die Partei überklebt worden wäre und das ist das, was ich da noch einmal zu sagen habe. Sonst sollte man wieder zurückkehren, wir haben heute wichtige Tagesordnungspunkte (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Herr Bürgermeister, es ist gut wenn Sie bekunden, dass es Ihnen nicht recht ist, wenn in Schulen oder in Kindergärten Wahlwerbung betrieben wird. Es ist nicht vertretbar, der Gesetzgeber hat sich dabei was gedacht, als er im Unterrichtsgesetz festgehalten hat, dass Parteiwerbung zu unterlassen ist und ich nehme jetzt zur Kenntnis, dass es ihnen nicht recht ist, es gibt zwar jetzt eh keine Weihnachtskalender mehr, aber es könnte noch etwas anderes geben, dass das nicht mehr passiert.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...ein solches Gesetz und wenn man irgendwas anfordert bei uns und es dann in dieser Form weitergibt, ohne dass wir das...

Zwischenruf GRin. Binder: Sie wissen ja, dass man das nicht darf.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das weiß ich, meine Fraktion hat das sofort umgesetzt, das war eine Unterstellung, da kann ich auch dazu etwas sagen, aber ganz wichtig, rechtfertigen sich, wo Plakate stehen oder wo Plakate nicht stehen, ich habe Vorschläge gemacht zu Beginn der Wahlgeschichte, da hat keiner über eine solche Einschränkung mitgehen wollen, jetzt sind diese mobilen Ständer aufgestellt worden, jeder von Ihnen weiß, wer bei den mobilen Ständern nicht dabei ist. Unsere richtige Plakataktion beginnt wie versprochen am 1. Jänner, Sie werden es ja sehen...

Zwischenruf GR. Eichberger: Das ist ein Weihnachtsgeschenk.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Wolfgang Riedler, du kennst dich bei Finanzen aus, du weißt, dass die SPÖ mehr Plakatständer eingebucht hat als die ÖVP im Jänner...

Zwischenruf GR. Eichberger: Wir haben auch mehr zu sagen.

Bgm. Mag. **Nagl**: *Wortmeldung unverständlich.*

Zwischenruf GRin. Binder: *Ich möchte nicht, dass ein grüner Kollege, den Sie nicht nennen wollen, einfach vor Publikum...*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich sage es Ihnen unter vier Augen.

6) Demokratie

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin das letzte Mal da draußen, könnten Sie bitte so lange ruhig sein. Wem gehört eigentlich wirklich die Stadt? Die heutige Gemeinderatssitzung, werde Kolleginnen und Kollegen, ist für mich persönlich sicher eine besondere, ist es doch die letzte, die ich nach zwei Amtsperioden in diesem Haus aktiv miterleben werde. Und oft haben Kolleginnen und Kollegen in solchen Sitzungen ein wenig zurückgeschaut über einen längeren Zeitraum. Auch ich möchte diese Anfrage nutzen, um ein bisschen Bilanz zu ziehen darüber, was man und was sich da im Gemeinderat verändert hat. Das ist in aller Bescheidenheit schnell gesagt. Erfolge gab es zum Glück! Bei manchem Bebauungsplan das eine oder andere verbessert zu haben, manches bedrohliche Vorhaben überhaupt so lange verzögert zu haben, bis verträgliche Lösungen unumgänglich wurden, das schreibe ich mir gerne auf meine Fahnen.

Dass das Kunsthaus dort steht, wo es steht, beispielsweise, darauf bin ich auch heute stolz. Da war mein Einsatz, glaube ich, durchaus erfolgreich und da war auch augenscheinlich, dass es mir nicht ums nackte Verhindern von Unüberlegtem ging. Wer wünschte sich heute noch ein von Peter Schachner-Blazizek im Schloßberg

vergrabenes und verstecktes Kunsthaus? Im Planungsausschuss ließ man uns von den kleineren Fraktionen jahrelang gegen die rot-schwarz-blaue Gumm wand der Zweidrittelmehrheit fahren. Da hat sich manches zum Positiven verändert in den letzten Jahren und dafür möchte ich einigen, nein, ich möchte eigentlich allen Mitgliedern des Planungsausschusses danken, vor allem Dagmar Krampfl für eine wirklich objektive und faire Vorsitzführung (*Applaus SPÖ*) und ich möchte den Wenigen, die in der nächsten Periode ihre Erfahrung in den, wie er korrekt heißt, Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung einbringen können, ans Herz legen, ihren Erfahrungsvorsprung, den sie haben, verantwortungsvoll einzusetzen. Passt mir gut auf, nein nicht mir, sondern passt gut auf auf die Stadt und was mir ihr geschieht und hört hin und wieder auch auf die Meinung der anderen und der kleineren Fraktionen. Denn ich hätte damals auch diese kleinen Erfolge nicht gehabt, wären da nicht VertreterInnen anderer Fraktionen gewesen, die bereit waren, auf Vorschläge einzugehen, Kompromisse auch mit der Opposition zu schließen. Das war sehr selten in der vorletzten Gemeinderatsperiode der Fall. Manchmal konnte ich helfen, wichtige Ideen zur Umsetzung zu bringen: Das BürgerInnen-Beteiligungsmodell „Zeit für Graz“ wäre Ironie der politischen Logik, der sogenannten „Arbeitsregierung“ beinahe an den Gegenstimmen jener gescheitert, die das Projekt ursprünglich gefordert hatten. Da war mein Einsatz, glaube ich, auch gut investiert. Gerhard Rüschi hat sich gerne helfen lassen, sich aber selten dafür revanchiert. Da war es schon bemerkenswert, dass er es manchmal schaffte, sich gegen seinen ursprünglichen Willen überzeugen zu lassen. Etwa bei der Bebauung der Messe – und ich denke, er hat es nicht bereut, er wird es nicht bereuen; nicht überzeugen konnte ich ihn leider bei anderen Bebauungsplänen, etwa dem rund ums Tierspital und leider, leider konnten wir ihn nicht für die Einführung eines Gestaltungsbeirates gewinnen. Hier werden die Zeit und die Zahnlosigkeit des „Grazer Modells“ für die gute Sache der Bauqualität noch arbeiten.

Apropos Bauqualität: Helmut Strobl war so einer, der nach heftigen, emotionalen Auseinandersetzungen manches Mal seinen geplanten Kurs geändert hat, und der es auch zugeben konnte, dass andere Recht gehabt hatten. Das war bei der Rettung des Forums Stadtpark so und eben auch beim Kunsthaus. Auch Alfred Stingl war aus diesem Holz, und beide, Helmut Strobl und Alfred Stingl, sind mir in den letzten Jahren sehr abgegangen hier herinnen, weil sie Visionen für die Stadt hatten, die

weit darüber hinaus gingen, bloß gebetsmühlenartig zu sagen „Graz ist eine gute Stadt, wir wollen sie besser machen“.

Auch im Ökologie-Bereich hat sich tatsächlich manches zum Guten gewandelt. Baumschutz, Bachökologie, Bepflanzungsrichtlinien. Stolz bin ich auf die Idee, den Gemeinderat-Umwelt-Ausschuss als Feinstaub-Experten-Gremium zu nützen. Allen Mitgliedern dieses Ausschusses, den beratenden Beamten und ExpertInnen, vor allem aber dir, Günter Getzinger, möchte ich dafür danken, dass dieser Ausschuss etwas Besonderes war. Nicht nur wegen der Dauer der Sitzungen, sondern auch, weil hier seltene Einmütigkeit aller Fraktionen herrschte, weil es allen Beteiligten vorrangig um das gemeinsame Ziel einer gesünderen Stadt ging.

Manches ging weniger konsensuell vonstatten: Dass beispielsweise die Schule Alt-Grottenhof noch immer über ihre gesamten Flächen verfügt, ist trotz erfolgreicher Initiativen mehr einem glücklichen Zufall zu verdanken als der Einsicht, dass es im Südwesten der Stadt einen immensen Bedarf an unantastbarem Erholungsraum gibt, erst recht jetzt, wo in diesem Quartier das letzte Bauland für dichte Wohnverbauung genützt wird. Wie so oft wurdest du auch in dieser Frage von deiner Partei ziemlich allein gelassen, Tatjana Kaltenbeck. Für deine Courage in dieser Sache sage ich dir – genauso wie für manche aufmunternde Zwischenbemerkungen, wenn es für mich hier am Rednerpult heiß und eng wurde – herzlich danke.

Doch jetzt zu dem, was sich ohne mein Zutun verändert hat. In Zeiten angespannter finanzieller Lage widmet man sich bei Jahresabschluss-Reden gerne dem jeweils aktuellen Budget-Defizit. Entgegen manch anderer Position erachte ich den pekuniären Schuldenstand der Stadt nicht für so dramatisch, wie dies immer dargestellt wird. Stattdessen sind es andere, ideelle Defizite, die ich für wesentlich bedrohlicher halte als das finanzielle. Und wenn es wirklich so ist, wie es uns der Finanzreferent immer wieder einmal darstellt, dass sich der finanzielle Spielraum wieder langsam verbreitert, so gibt es auf der ideellen Seite einen Bereich, in dem das Defizit in den letzten Jahren stetig gewachsen ist, und wo es sich nun in tatsächlich beängstigender Dimension offenbart. Ich spreche von einem Demokratie-Defizit, das sich in unterschiedlichen Ausformungen in und um das Rathaus manifestiert. Keine Angst ich werde jetzt nicht die kostbare Zeit vergeuden, indem ich den unsäglichen Plakatserien der brachial-reimenden Walküre rede, der selbst zum Wort „Straßenbahn“ wohl nichts anderes einfällt als „Rassenwahn“, mehr Raum geben will, als sie verdient. Auch nicht dem mächtigeren großen

Rußzusammenkehrer im kleinen Bier-Zelt Österreich, dessen Agentur es bis heute nicht gelernt hat, Plakate richtigerum zu affichieren. Zu beiden Fraktionen nur so viel: Der Gedanke, dass diese beiden Personen in der nächsten Gemeinderatsperiode hier herinnen mitreden könnten, diese beiden Personen, wohlgermerkt, dieser Gedanke macht mir den Abschied hier einiges leichter. Genug der Worte über diese beiden, nicht integrationswilligen rechts-außen im moralischen Souterrain eingezogenen Parallelgesellschaften, die es – und das übersieht man allzu leicht – sogar unserem Bürgermeister leicht machen, sein Image als Traum jeder Schwiegermutter zu polieren. Da liegt für mich die Brisanz dieses Wahlkampfes: Wie es möglich ist, dass im Schatten jener unappetitlichen Rülpsen alles vergessen scheint, was unser Bürgermeister in den letzten Jahren so an „Sagern“ produziert hat und wie er nun auf Samtpfoten einherschleicht.

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Was ist das für eine Anfrage?

Mag. **Candussi**: Da wird den Kinder die Gute-Nacht-Geschichte vorgelesen, dass es nur so säuselt und dem Vernehmen nach ist der Bürgermeister so mancher GrazerIn im Traum schon als Sandmännlein erschienen, der Feinstaub in die Augen sprühend durch die Stadt schwebt, nachdem er sich „den Frauen zuliebe“ zuvor in der Waschküche umgesehen hat.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Frechheit.

Mag. **Candussi**: Das Schuhwerk allein verrät das Inserat des wäschewaschenden Wunderwuzzis als lächerliche Verirrung. Oder sag, Sigi, stehst du tatsächlich mit den genagelten englischen Treten am Bügelbrett? Man könnte das reizende Sujet des

husch, husch ins Wäschekörbchen gehüpften Bürgermeisters natürlich auch ganz anders und viel profaner interpretieren:

Zwischenruf GRin. Potzinger: Eine Verhöhnung des Hauses ist das.

Mag. **Candussi:** In diesem Wahlkampf kümmert sich der Bürgermeister höchstpersönlich um die Schmutzwäsche. Und damit kommt man dem Charakter dieser einzigartigen Kampagne schon näher, die die ÖVP da heuer unter dem Motto „Koste es, was es wolle – Hauptsache es geht auf Kosten der anderen“ inszeniert, indem sie geldverachtend flächendeckend plakatiert und vor allem inseriert. Man hätte es ja fast erwarten können, dass diese Material- und Medial-Schlacht einer Partei, die vom Ex-Polizisten und nunmehr Kultur-Stadtrat Werker Miedl zu verantworten sein wird, sich vornehmlich und nicht sehr vornehm des Instruments der Anzeige bedient. Einfallslös bemächtigt man sich gleich seitenweite des Seitenlayouts der jeweils mit Inseratenabos gekauften Zeitungen. Nur böse Zungen, wie die des ÖVP-Wahlkampfstrategiepapiers, behaupten, dass dies dazu dient, den LeserInnen die Unterscheidung der Werbung vom redaktionellen Teil der Zeitung schwer zu machen.

Stattdessen sind die Texte mit Bedacht so geschrieben, dass intellektuelle Überforderung nicht stattfinden kann. Hauptsache, die GrazerInnen werde eingewiesen in das babylonisch-sprachenverirrte Weltbild, das da heißt: Wir sind die Guten und wenn nicht, dann sitzen wir zumindest am längeren Ast. Seit Siegfried Nagl uns im Sommer 2006 ganz offenherzig hier im Gemeinderat gesagt hat, wie er es mit der Meinungsvielfalt in der von allen GrazerInnen bezahlten Magistratspostille BIG hält, indem er nur mehr Jubelpropaganda über die Stadt und ihre Regierung erlaubt, haben wir es gehaut, mitten in diesem Wahlkampf wissen wir es: Diese ÖVP unter Sigi Nagl gebärdet sich so, als gehörte ihr die ganze Stadt. Wer sich etwa an der Kleinigkeit stößt, dass nachweislich Werbegeschenke, die nichts mit der sonst von Werner Miedl medial so gern vernaschten gesunden Jause zu tun haben, in Volksschulen an Schulkinder verteilt wurden, dem wird ausgerichtet, dass dem

erstens, auch wenn es so war, so nicht sei, und dass zweitens die ÖVP nichts damit zu tun habe.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Die haben nie was zu tun.

Mag. **Candussi:** Neben mir also zur Kenntnis, dass es sich beim Fahrer jenes weißen ÖVP-Lieferwagens, der kistenweise Adventkalender zumindest an eine Volksschule transportierte, ganz offensichtlich um den heiligen Nikolaus gehandelt hat. Eine Kleinigkeit – gewiss.

Sie wie jene Kleinigkeit, die sich gerade auf der Baustelle des Shopping-Centers Graz-Nord abspielt, wo vor dem wachsamen Auge der Bau- und Anlagenbehörde munter eine illegale Rampe in der Dimension einer kleinen Autobahnbrücke betoniert wird. Da schaut der zuständige Referent zu, während man munter plakatiert: Wir machen Graz sicherer. Vor RadfahrerInnen im Stadtpark und anderen Terroristen. Da werden ein paar HausbesetzerInnen hysterisch kriminalisiert, während die Immobilienhaie die Behörden pflanzen. Gestern haben wir gehört, man könne eine Großbaustelle ja nicht versiegeln, ich wünsche mir, dass Sie mit der selben Energie, Herr Bürgermeister, mit der Sie die Idee der Ordnungswache betrieben haben, auch die Bau- und Anlagenbehörde verstärken und im großen Stil für Rechtssicherheit sorgen. Da liegt die Verantwortlichkeit seit Jahren bei der ÖVP und da ist so gut wie nichts passiert. Stattdessen redet man vom schlanken Staat, von optimierten Verfahrensabläufen und von Kundenorientierung. Ist nur der Investor Kunde, oder sind es auch die AnrainerInnen, die ein Recht auf Einhaltung der Gesetze haben?

Wem gehört denn diese Stadt wirklich? Und wenn man wie die ÖVP meint, die ganze Stadt gehört ihr, was liegt dann näher, als die Abläufe im Sinne der vermeintlichen Besitzerin zu optimieren? Die Kommunikation zwischen Magistrat und Gemeinderat ließe sich sicher wesentlich vereinfachen, würde man die Zahl der Magistratsbediensteten im Gemeinderat deutlich erhöhen. So gesehen ist die Zahl von einem Dutzend KandidatInnen pro Großpartei, die in Zukunft in Personalunion Dienstgeber und ihr eigener Dienstnehmer sein möchten, recht gering angetragen.

Wenn nicht alle Abgeordneten gleichzeitig Magistratsbedienstete sind, wie will man dann die lästige Trennung von Legislative und Exekutive beseitigen? Was soll's, dass das Prinzip der Gewaltenteilung – also der Grundsatz der klaren Abgrenzung von Gemeinderat und Regierung beziehungsweise Verwaltung – eines der Fundamente unserer Demokratie ist? Nein – lasst uns nicht trübsinnig über lästige demokratische Grundstrukturen grübeln – denken wir fröhlich. Reformieren wir den Grazer Gemeinderat im Sinne der ÖVP: Reformschritt 1: Die Zahl der Magistratsbediensteten im Gemeinderat sollte noch zunehmen. Schließlich weiß niemand so gut, was der Magistrat braucht. Was für die selbstverwalteten Betriebe in den letzten kommunistischen Staaten gut ist, wird der Grazer ÖVP wohl auch billig sein dürfen. Außerdem erleichtert es den Ablauf je nach Zuständigkeitsbereich bedeutend: Wenn man, so wie Kollege Frölich es angekündigt hat, bei Tagesordnungspunkten, welche die eigene Abteilung betreffen, den Raum verlässt, so könnte der Magistratsdirektor – wäre er Gemeinderat, warum eigentlich nicht - sich zu Beginn der Tagesordnung für befangen erklären und nach Hause gehen. Reformschritt 2: Die Effizienz der Zusammenarbeit zwischen der Stadtregierung und dem nunmehr mit dem Magistrat gleichgeschalteten Gemeinderat ließe sich noch steigern, indem alle Regierungsbüros durch ihre BüroleiterInnen ebenfalls im Gemeinderat vertreten sind.

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Gibt es eigentlich den Tatbestand des zeitlichen Limits?

Mag. **Candussi**: Die Kandidaturen der einen Dame und der drei Herren aus den Büros von Bürgermeister Nagl und den Stadträten Eiselsberg und Rüscher sind ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Reformschritt 3: In Zukunft sollten jedoch die werbetechnisch aufwändigen 66 Ich-AGs der diesjährigen VP-KandidatInnenliste durch wenige, schlagkräftige StadträtInnen-Teams ersetzt werden, die gemeinsam gegeneinander in die Wahlauseinandersetzung ziehen. Stadtratsklub Eiselsberg beispielsweise gegen Stadtratsklub Miedl, das verspricht Brutalität. Reformschritt 4:

Was bisher nur für die BIG galt, nämlich das vom Bürgermeister verordnete Öffentlichkeitsverbot für die Opposition wird auf die gesamte Tagespresse ausgedehnt. Künftig erscheinen alle steirischen Medien als unbezahlbare Anzeigen der Österreichischen Volkspartei. Deshalb sitzen ja jetzt schon bei vielen Pressekonferenzen immer Funktionäre der ÖVP im Publikum. Reformziel ist schließlich die Personalunion von politischen Büros, Gemeinderat und Medien. Der Vorteil: Sowohl in den Ausschüssen als auch im Gemeinderat und in Pressekonferenzen sitzen sich die VP-Bürogemeinschaften gegenüber. Das nennt man in der ÖVP die Stadt der kurzen Wege.

Doch welche Rolle bleibt in diesem Modell dem Bürgermeister? Ihm obliegt die Überwachung des Fairnessabkommens, welches von ihm um einen Punkt ausgeweitet wird. Wer außerhalb der per Magistrats-Verordnung festgelegten Glühweinzonen unter freiem Himmel einen Misstand aufzeigt, der kriegt es mit der Ordnungswache zu tun und muss 100-mal schreiben: Graz und seinem smarten Bürgermeister zuliebe werde ich es nie mehr tun! Werte Kolleginnen und Kollegen, Entgegen der von mir eben skizzierten möglichen Zukunft des Grazer Gemeinderates habe ich in den letzten Jahren einige von Ihnen zum Glück ganz anders kennen gelernt, und zwar als kritische Geister, die hin und wieder auch gegen den Strich der ihnen oft vorgegebenen Parteilinie aufgetreten sind, die ihre Kritikfähigkeit nicht an der Garderobe des Klub-Büros abgegeben haben und die tatsächlich so, wie es der von uns zu Beginn jeder Periode geleistete Eid verlangt, nach bestem Wissen und vor allem nach bestem Gewissen im Dienst der Stadt Graz aktiv sind. Dies gilt auch für viele, viele VertreterInnen der Beamtenschaft.

Ich möchte mich zum Abschluss speziell an jene von Ihnen wenden, die sich dabei angesprochen fühlen. Sollten Sie so wie ich dem nächsten Gemeinderat nicht mehr angehören, wünsche ich Ihnen, so wie mir selbst, alles Gute und viel Freude mit der neu gewonnen Zeit. Sollten Sie weiterhin das Privileg ausüben, hier ein wenig über die Geschicke unserer Stadt nachdenken, streiten und handeln zu dürfen, so wünsche ich Ihnen dazu nicht bloß alles Gute, sondern ich bitte Sie auch, alles zu tun, und das meine ich ernst, dass meine eben beschriebenen Befürchtungen nie über den Ansatz der Realisierung hinauskommen. Schützen und verteidigen Sie gemeinsam, auch wenn es oft mühsam ist, den Wert eines vielfältigen, demokratiebewussten Hauses.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Gott schütze Österreich.

Mag. **Candussi**: Und da richte ich, sehr verehrter Herr Bürgermeister, auch um der Geschäftsordnung Genüge zu tun, heute an Sie die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um dem schleichenden Demokratieverlust in unserer Stadt entgegenzuwirken?

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Wird geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Mag. **Candussi**: Danke für Ihre Geduld.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Das hättest du dir sparen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Du wirst mir wirklich fehlen.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Mir auch.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich meine es ernst, ich möchte oder ich hoffe, dass die Formulierung, die du jetzt gewählt hast, nicht gleichzeitig der Entzug des Du-Wortes ist, weil du plötzlich auf Sie, Herr Bürgermeister, gekommen bist. Ich nehme alles, was du sagst, ernst und ich werde es dir trotzdem geschäftsordnungsgemäß erledigen müssen. Du musst mir dann die Adresse sagen, wo ich es hinschicken darf, du hast so viele Punkte erwähnt in deiner Rede jetzt, auf die möchte ich länger antworten (*Applaus ÖVP*).

7) Puch-Museum

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das „Puch-Museum“, ein Projekt der Kulturhauptstadt 2003 auf dem Areal des Innovationsparks Puchstraße, zeigt wertvolle und teilweise einzigartige Exponate aus dem Leben und über die Arbeit von Johann Puch. Seit Auslaufen des Kulturhauptstadtjahres gibt es intensive Bestrebungen, das Museum an diesem traditionellen Industriestandort zu erhalten.

In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grünen und FPÖ zum Thema Puch-Museum bekannte sich der Grazer Gemeinderat dazu, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, in Graz eine dauerhafte Ausstellung über die geschichtliche Entwicklung der Fahrzeug-Technik zu erhalten.

Auch eine Expertise der FH Joanneum untermauerte die Sinnhaftigkeit des Weiterbestandes des Museums. Derzeit ist der Weiterbestand aber alles andere als gesichert und da auch zu erwarten ist, dass in nächster Zukunft keine befriedigende Lösung gefunden werden kann, ist zu befürchten, dass das Museum für immer geschlossen werden muss.

Im Grazer Bauamtsgebäude stehen derzeit im Erdgeschoss bzw. im Untergeschoss Räume, in denen vor Jahren ein Elektronikgroßmarkt untergebracht war, frei. Da

diese Räumlichkeiten in einem, so weit mir bekannt ist, guten Zustand sind und sich meines Erachtens nach auch zur Präsentation von Fahrrädern, Mopeds, Motorrädern und auch PKW eignen würden, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, prüfen zu lassen, ob die Möglichkeit besteht, das Puch-Museum als Übergangslösung in den leerstehenden Räumlichkeiten des Bauamtsgebäudes unterzubringen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Finanzielle Zusagen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auf der heutigen Tagesordnung findet sich ein Stück unter dem Titel „Baubezogene Abgaben, Nachtragskredit über € 246.000,-, wo von Ihrer Seite als ehemaliger Finanzreferent und Altbürgermeister Alfred Stingl eine Zusage gemacht wurde, die das jetzige Budget mit € 346.600,-- belasten. Innerhalb des Magistrats sind zu dieser Zusage keinerlei Unterlagen vorhanden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob von Ihrer Seite innerhalb dieser Periode auch wieder Zusagen gemacht wurden, die einen künftige Gemeinderat präjudizieren?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, möchte ich gerne gleich beantworten. Es war in der vergangenen Periode durchaus üblich, dass wenn Großinvestitionen in unserer Stadt getätigt worden sind, wir uns einmal abgesprochen haben und eine Förderung in Aussicht gestellt haben und zwar bei großen Bauinvestitionen entweder ein Prozentsatz oder auch die ganze Summe, die durch Kanalabgaben oder Bauabgaben auch bezahlt werden. In diesem Fall, wegen dem Sie mich jetzt ansprechen, sprechen wir von der großen Investition unserer Barmherzigen Brüder in Graz, die ein enormes Spital bauen und aus diesem Grund haben wir damals auch in Aussicht gestellt, dass wir uns da bemühen werden, wenn es jetzt dazu kommt durch den Gemeinderat freue ich mich und sage danke. In dieser Periode gab es auch aufgrund der Absprachen mit dem Herrn Finanzreferenten keinerlei solcher Zusagen (*Applaus ÖVP*).